

Die E-Mail wird fehlerhaft dargestellt? Klicken Sie bitte hier: [Web version](#).



## ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen informiert

### **Solidarität und ihre Grenzen in Corona-Zeiten**

Es wird gerade viel von Solidarität gesprochen in Deutschland. Wir alle sollen zusammenhalten und an die Schwachen in der Gesellschaft denken, die besonders vom Corona-Virus bedroht sind. Überall in Europa sind Menschen dazu aufgerufen, soziale Kontakte zu meiden. Versammlungen, Konzerte und andere Menschenansammlungen sind untersagt, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen. Illegalisierte Geflüchtete hingegen werden in Griechenland ohne jeglichen Rechtsschutz inhaftiert und zu Hunderten auf einem Marineschiff eingepfercht. [Über 20.000 Menschen kämpfen in der Hölle von Moria auf Lesbos um ihr Leben](#). Das Wasser wird rationiert, Medikamente werden knapp und das Wachpersonal wird abgezogen.

Die Menschen dort brauchen dringend unsere Hilfe. [MISSION LIFELINE hat Spenden gesammelt, um ein Flugzeug zu chartern](#) und wartet seit Wochen auf eine Zusage der Bundesregierung, um die ersten Menschen zu evakuieren. Angesichts der katastrophalen Zustände und [der zögernden Haltung der Bundesregierung](#) sind weitere Spenden nötig, um die Menschen vor Ort mit dem nötigsten zu versorgen. [PRO ASYL unterstützt Geflüchtete auf den griechischen Inseln und geht juristisch gegen Menschenrechtsverletzungen vor](#). Unterstützt die Organisationen vor Ort durch Spenden! [Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen \(UNHCR\) hat die Bundesregierung aufgefordert](#), ihr Versprechen zu halten und nun rasch Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen. Berlins Justizsenator Behrendt kündigte indes an, [dass das Land bald selbst tätig werde](#), wenn der Bund nicht endlich handelt. Am kommenden Sonntag findet in Essen eine Protestaktion für die Evakuierung der griechischen Lager statt (siehe unten).

Auch in Deutschland sind es vor allem Geflüchtete, die staatlich organisiert einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind, weil sie im Asylverfahren in isolierten Massenlagern interniert werden. Immer mehr Aufnahmeeinrichtungen werden unter Quarantäne gesetzt. [Die Menschen, die in diesen Lagern leben müssen, haben Angst und sind schlecht informiert.](#) In NRW werden neu ankommende Geflüchtete gerade abwechselnd in den verschiedenen Erstaufnahmeeinrichtungen gesammelt. Seit dieser Woche ist die Essener Erstaufnahmeeinrichtung an der Reihe und wird dann für eine Woche für sämtliche Geflüchteten zuständig sein, die sich in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Bochum melden.

Es ist eine Frage der Zeit, bis nach und nach immer mehr Sammelunterkünfte unter Quarantäne gestellt werden. Wir fordern, wie der [Flüchtlingsrat NRW](#), dass die Massenunterkünfte sofort evakuiert und die Bewohner\*innen dezentral auf die Kommunen verteilt werden. Die Situation in den kommunalen Übergangwohnheimen in Essen ist beispielsweise wesentlich entspannter. Die Einrichtungen sind relativ leer, sodass dort effektivere Schutzmaßnahmen ergriffen und die Bewohner\*innen besser informiert werden können. Die bessere Situation in den kommunalen Einrichtungen ist letztlich jedoch auch ein Resultat der Verlagerung des Problems auf die Landesebene. Die Landesregierung hat Zuweisungen in die Kommunen vorerst ausgesetzt.

In der Abschiebehaftanstalt in Büren wurde der Besucherverkehr eingeschränkt. Darüber hinaus sollen nur noch Haftanträge für dringende Fälle (rechtskräftig verurteilte Straftäter\*innen, sogenannte Gefährder\*innen und Personen von denen Gefahr ausgeht) gestellt werden, um die Infektionsgefahr möglichst gering zu halten. Des Weiteren soll geprüft werden, ob zum Ende der Haftdauer realistisch noch mit einer Abschiebung gerechnet werden kann. All das regelt ein [Erlass der Landesregierung](#). Uns ist jedoch bekannt, dass sich noch zahlreiche Personen in Abschiebehaft befinden, obwohl Abschiebemaßnahmen in vielen Fällen derzeit überhaupt nicht durchgeführt werden können. Wir fordern daher, ebenso wie die [Menschenrechtskommissarin des Europarats](#) und der Verein [„Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“](#) den Freiheitsentzug der Betroffenen sofort zu beenden.

In Essen hat die Ausländerbehörde (ABH), wie alle anderen Behörden, den Publikumsverkehr eingestellt. Bezüglich der Verlängerung und Erteilung von Aufenthaltstiteln hat das Land einen [Erlass](#) herausgegeben. Das NRW-Integrationsministerium (MKFFI) spricht sich darin dafür aus, dass die Dokumente per Post an die Betroffenen versandt werden. Als letzte Möglichkeit kann eine formlose Bescheinigung versandt werden, die eine Bestätigung enthält, dass eine Verlängerung aufenthaltsrechtlicher Dokumente derzeit aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich ist

und dass der Aufenthalt weiterhin als erlaubt, gestattet oder geduldet gilt. Letztere Variante wird nach unserer aktuellen Kenntnis bei der ABH Essen angewendet. Darüber hinaus, hat das Bundesinnenministerium (BMI) einen weiteren [Erlass](#) veröffentlicht, der den ABHEn nahelegt, Fiktionsbescheinigungen zu erteilen. Abschiebungen seien durchzuführen, wenn die derzeitigen Bedingungen es zulassen. In Essen werden laut unseren Informationen derzeit keine Abschiebungen vollzogen. Darüber hinaus regelt der Erlass viele weitere Verfahrensabläufe, die durch die Pandemie beeinträchtigt sind.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass die strukturelle Benachteiligung Geflüchteter in Krisenzeiten ganz offen zu Tage tritt, zeigt sich anhand des Sozialschutzpakets, das die Bundesregierung letzte Woche verabschiedet hat. Das Paket soll den Zugang zu Sozialleistungen und medizinischer Versorgung für Sozialhilfeempfänger\*innen vereinfachen. Das ist sehr begrüßenswert, gilt aber leider nicht für das [Asylbewerberleistungsgesetz](#) (AsylbLG), womit Geflüchtete bei der Regelung schlichtweg ignoriert werden. Wir schließen uns der [Kritik des Flüchtlingsrats Niedersachsen](#) an und fordern auch für Geflüchtete den unbürokratischen Zugang zu Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

## **Kurz-Informationen zum Corona-Virus für Geflüchtete und Ihre Unterstützer\*innen**

- Unsere offene Sprechstunde findet derzeit nicht statt. Stattdessen beraten wir telefonisch unter 0201-20539 und per Mail an [info@proasyllessen.de](mailto:info@proasyllessen.de). Nähere Informationen in verschiedenen Sprachen gibt es [auf unserer Website](#).
- [Der Corona-Newsticker von PRO ASYL](#) informiert täglich zu den Auswirkungen der Krise auf Geflüchtete.
- Die Stadt Essen bietet [Informationen zum Corona-Virus in leichter Sprache](#).

- Der Publikumsverkehr wurde in allen städtischen Behörden eingestellt. Die Ausländerbehörde (ABH) ist montags bis freitag von 8 bis 15 Uhr unter der Telefonnummer 0201-88-38883 oder per E-Mail an [abh@essen.de](mailto:abh@essen.de) erreichbar.
- Neuansmeldungen sind bei der ABH nur noch per E-Mail an [am@abh.essen.de](mailto:am@abh.essen.de) möglich. Folgende Dokumente müssen in Kopie angehängt sein:
  - Wohnungsgeberbestätigung
  - gültiger Nationalpass
  - bei Umverteilungen der Umverteilungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg
  - bei neugeborenen Kindern die Geburtsbescheinigung, Aufenthaltstitel der Eltern, und gegebenenfalls die Eingangsbestätigung über den schriftlichen Asylantrag beim BAMF
  - bei Familiennachzugsfällen der Aufenthaltstitel der schutzberechtigten Verwandten
- Asylanträge und Asylfolgeanträge können derzeit nur noch schriftlich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt werden. Anhörungen und erkennungsdienstliche Behandlungen finden derzeit nicht statt. Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Weitere Informationen vom BAMF gibt es [hier](#).
- [Es finden derzeit keine Dublin-Abschiebungen statt](#). Die Überstellungsfristen sollen davon jedoch unberührt bleiben. Auch Abschiebungen in Drittstaaten sind offenbar nur eingeschränkt möglich. Dennoch hält die Bundesregierung, wie oben erwähnt, an Abschiebungen fest. [Eine geschlechtsspezifisch verfolgte Iranerin sollte sogar im Privatjet in das Corona-Risikogebiet abgeschoben werden](#). Wir fordern einen generellen Abschiebestopp!
- Am kommenden Sonntag, den 5. April, rufen die [Seebrücke Essen](#) und [Aufstehen gegen Rassismus \(AGR\)](#) unter dem Motto "Wir hinterlassen Spuren" zu [Protestaktionen für die Evakuierung der griechischen Flüchtlingslager](#) auf. Die Gruppen beteiligen sich damit an einer [bundesweiten Aktion der Seebrücke](#). Nähere Informationen gibt es [hier](#).

[Klicken Sie hier, um uns zu unterstützen!](#)

facebook



0201/20539



[info@proasylessen.de](mailto:info@proasylessen.de)



0201/2200387

*Legal Notice:  
Pro Asyl Flüchtlingsrat Essen e.V.  
Friedrich-Ebert-Straße 30  
45127 Essen  
[Hier vom Newsletter abmelden](#)*